

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk., halbjährlich 48.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 2,20 Mk. von auswärts 3.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 7,50 Mk. von auswärts 9.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290

Nr. 23

Freitag, den 27. Januar 1922

13. Jahrgang

Das Knistern im Balken.

Der Jammer des Parteiwesens in Deutschland vor dem Kriege war bekannt. Das Bürgerium war in unzähligen Parteien und Parteien zerstückelt. Die Revolution brachte hier erfreulicherweise einen Umstimmung, indem sich vier große bürgerliche Parteien bildeten. Die Sozialdemokratie hat seitherzeit mit großen Hoffnungen die Gründung der Demokratischen Partei begrüßt, weil sie hoffte, daß die Demokratische Partei ein Gegenstück zu der bekannten französischen radikalsten Partei sein und daß sie alle wahrhaft demokratischen und republikanischen Teile des Bürgeriums in sich vereinen würde. Die Entwicklung dieser Partei hat enttäuscht. Heute ist es so weit in der Demokratischen Partei Deutschlands, daß ein so aufrechter Demokrat wie Dr. Preuß, der sich um die Schaffung der Weimarer Verfassung große Verdienste errungen hat, in dieser Parteiverfassung ein politisch toter Mann ist.

In Danzig hat die Rückwärtsentwicklung des Bürgeriums noch weitere Fortschritte gemacht. Hier haben sich sogenannte Demokraten nicht nur mit der früheren rückständigen „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zur „Deutschen Partei“ vereinigt, sondern haben mit den Deutschnationalen die Regierung im Freistaat gebildet. Dabei muß man bedenken, daß die Danziger Deutschnationalen ostelbischer Färbung und damit völlig vom preussischen Junkergelst durchdrängt sind. Aber die Danziger Demokraten haben eben ihre frühere bekannte Rückständigkeit nicht überwunden und sich durch den Zusammenschluß mit der bürgerlichen Wirtschaftvereinigung, deren rückständige Politik deutlich in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ zum Ausdruck kam und die auch heute noch alles andere nur kein Organ für den Fortschritt ist, als Vorläuferin für die Kapitalisteninteressen offenbart. Das bekräftigte sie noch durch die Koalition mit den Deutschnationalen.

Dennoch knistert im Balken des jetzigen Regierungsgebäudes. Den Deutschnationalen ist die Deutsche Partei immer noch nicht ganz stubenrein. Deshalb führte der deutschnationale Arzt Dr. Dittschke in einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Partei in Neufahrwasser ein Ferngericht auf, in dem er die Redner der deutschen Partei Dr. Eppich und Arnold examinierte, ob sie auch in nationaler, monarchistischer und christlicher Weltanschauung genügend zuverlässig seien. Er stellte ihr eine schlechte Zensur deshalb aus, weil sie bei einigen Verhandlungen im Volkstage mit der Linken zusammengegangen sei und dem Senat Opposition mache. Besonders übel vermerkt wurde vom deutschnationalen Zensur, daß in der Deutschen Partei angeblich Verreibungen im Gange seien, die Regierungskoalition nach links zu erweitern. Darüber brachte das Organ der Deutschnationalen, die „Danziger Allgemeine Zeitung“, einen Artikel unter der Überschrift „Eine wertvolle Feststellung“ und erklärte zum Schluß, daß die Deutschnationalen durch die Verantwortung ihrer Fragen durch Dr. Eppich und Arnold von den Bedenken befreit seien, daß die Deutsche Partei in Zukunft eine Linksorientierung beabsichtige.

In der gestrigen Sitzung des Volkstages kam Dr. Eppich auf die Angelegenheit zu sprechen und erklärte den deutschnationalen Artikel für unmaßgeblich. In demselben sei eine falsche Darstellung seiner Ausführungen gegeben worden. In einem Artikel in der heutigen Morgenausgabe der „Danziger Zeitung“ kommt Dr. Eppich nochmals auf die Angelegenheit zurück und erklärt, daß seine Ausführungen in einer Färbung wiedergegeben seien, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hätte. Er habe in der Versammlung keinen Zweifel darüber gelassen, daß er persönlich den Ausschluß der Mehrheitssozialisten von der Regierung für einen politischen Fehler und die Einbeziehung dieser Partei für wünschenswert halte. Eine programmatische Erklärung habe er aber für seine Partei nicht abgeben wollen. Abg. Dr. Eppich beweist durch seine Ausführungen aber nur, daß er ein vortrefflicher Vertreter der ehemaligen nationalliberalen Dreifachbündelpolitik ist. Soviel sollte er aus seiner kurzen Gastrolle bei der Sozialdemokratie doch gelernt haben, daß für uns eine Koalition mit den reaktionären monarchistischen Deutschnationalen nicht in Frage kommen kann.

Wie groß der Konkurrenzneid unter den Parteien der Regierungskoalition ist, zeigte treffend auch ein Antrag des Zentrums, der gestern im Volkstag zur Beratung kam. Um die unteren Beamten für sich einzufangen und sich als Anwalt für deren Interessen hinzustellen, hatte das Zentrum eine Erhöhung der Bezüge für die

unteren Beamten beantragt. Es glaubte damit den Sozialdemokraten und vor allem auch seinen bürgerlichen Blockpartei den Wind aus den Segeln genommen zu haben. Die Redner der Linken, insbesondere unser Genosse Nagroch, wiesen auf die Unrechlichkeit der Politik des Zentrums hin, das vor einiger Zeit einen diesbezüglichen Antrag der Sozialdemokratie abgelehnt habe. Im übrigen wird die Erhöhung der Gehälter bereits durch die Bestimmungen der Besoldungsordnung bedingt. Hätte das Zentrum statt Agitationspolitik praktische Politik betreiben wollen, so hätte das schon durch die Zentrumsmitglieder im Senat geschehen können. Der frühere Zentrumsabgeordnete und jetzige Wilde Preiskorn Brandmarke diese „Mittläuferpolitik“ seiner früheren Freunde und erweckte im übrigen die stürmische Heiterkeit des Hauses als er erklärte, daß das Zentrum mit seinem Ausschneiden aus der Fraktion den Verstand verloren habe.

Angeichts der Zerfahrenheit in der bürgerlichen Koalition und besonders angesichts der uns bevorstehenden schwerwiegenden Fragen erscheint uns für das gegebenste, wenn der Volkstag seine Auflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen ermöglichen würde. Nur dann bestände begründete Aussicht, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Freistaates zu festigen.

Die Genuaer Wirtschaftskonferenz.

Neuter erfährt von zuständiger Seite, daß das Gerücht, wonach möglicherweise der Zeitpunkt der Einberufung der Konferenz von Genua aufgeschoben werden würde, vollkommen unbegründet sei. Es sei sicher, daß Lloyd George an der Konferenz teilnehmen werde.

Aus Washington wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit ist, an der Konferenz teilzunehmen. Die amerikanische Regierung würde indessen dem Plan einer Wirtschaftskonferenz, die später, d. h. wenn Europa Zeit gehabt habe, wieder zu stabilen Zuständen zu gelangen, abzuhalten wäre, günstig gegenüberstehen.

Der Sozialistenfresser Gompers.

Neuter meldet aus Washington, daß der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes Gompers im Namen der organisierten Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten dem Präsidenten Harding einen Protest gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua unterbreitet habe, mit der Begründung, daß die Anwesenheit der Sowjetbelegierten auf dieser Konferenz die praktische Anerkennung der Sowjetregierung bedeuten würde.

Gompers ist als rückständiger Bolschewistenfresser bekannt. Für ihn sind nicht nur die Anhänger Lenins Bolschewisten, sondern auch alle Sozialisten. So verhinderte er den Beitritt der amerikanischen Gewerkschaften zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Begründung, daß diese in bolschewistischen Fahrwasser lege, trotzdem auch Gompers hätte wissen müssen, daß gerade die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von den Kommunisten aufs ärgste befehdet wird, weil sie die kommunistische Putz- und Phrasenpolitik ablehnt. Wenn Gompers sich jetzt gegen wirtschaftliche Verhandlungen mit Sowjetrußland ausspricht, so zeigt er sich dadurch reaktionärer als Vertreter kapitalistischer Regierungen wie z. B. Lloyd George, der im Interesse der Gesundung Europas auch Verhandlungen mit Sowjetrußland für notwendig erachtet.

Entschädigung für die Opfer polnischer Aufständiger.

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten teilt dem „Temps“ zufolge mit, daß durch Beschluß vom 12. Oktober 1921 die Entschädigung für die Hinterbliebenen des in Oberschlesien erschossenen Oberst Montaleigre auf 225 000 Franken festgesetzt worden ist. — Der Oberst war von polnischen Aufständigen erschossen worden.

Niederlage der kommunistischen Gewerkschaftspalter.

Prag, 26. Jan. (WPA). Der tschechoslowakische Gewerkschaftskongress lehnte den kommunistischen Antrag, die tschechoslowakische Gewerkschaftszentrale möge aus der Amsterdamer Internationale austreten und sich der Moskauer Internationale anschließen, mit 330 gegen 227 Stimmen ab.

Deutschlands Finanzprogramm.

In der gestrigen Reichstagsitzung, deren Beginn von 8 Uhr nachmittags auf 6 1/2 Uhr abends verschoben war, gab Reichkanzler Dr. Brüning vor stark beschämtem Hause und vollen Tribünen eine Erklärung der Reichsregierung ab. Reichkanzler Brüning gab zunächst einen Rückblick auf die von dem Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung geführte Politik und brachte sie auf die Formeln: Im Innern: Erhaltung und Wiederaufbau des Reiches, Ueberwindung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden durch innere Konsolidation der Nation. In der auswärtigen Politik: Mitarbeit Deutschlands an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt und als Mittel hierzu die Bereitwilligkeit, die Lasten Deutschlands aus dem Friedensvertrage und seine Annexionen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zum Erfüllen in der Ueberlegung und Ueberzeugung, daß nur durch praktische Leistungen die Leistungsansprüche wirklich festgestellt werden können und daß nur die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Reparationsverpflichtungen wirklich die Natur der deutschen Reparationsverpflichtungen aufklären können. Die Frage der Reparationen bildet den Mittelpunkt aller Probleme, sie ist eine Frage sowohl der inneren wie der äußeren Politik. Dieser grundsätzlichen Arbeit und Sorgfalt der Regierung gewollt. Wir werden nach Genua gehen, nicht in hiererlicher Absicht, sondern mit offenem Blick, mit dem Ziel der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und internationalen Beziehungen.

Der französische Kabinettswechsel ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt als ein Symptom angesehen worden, das der Wiederherstellung eines dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch Mühschläge bringen könnte. Poincaré hat in Senat und Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Schäden wieder gut zu machen, damit Frankreich die vielen Milliarden zurückzahlen würde. Wenn durch diese Worte der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine eingegangenen Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem laut widersprechen. Deutschland hat seit Annahme des Londoner Ultimatus Darlehen von 1100 Millionen Goldmark und Sachleistungen von 420 Millionen Goldmark abgeführt. Hierzu treten die im Clearingverfahren seit dem Friedensschluß abgeführten 500 Millionen Goldmark. Hinzu kommen die vor dem Ultimatum getätigten Zahlungen Deutschlands, die Ablieferung der Handelsflotte, der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, der Seefabel und anderes mehr.

Die Regierung hat sich bemüht, ihrerseits durch neue Steuern die Einkünfte des Reiches zu vermehren, andererseits die Ausgaben zu verringern und die hauptsächlichsten schwersten Defizite des Etats zu beseitigen. Das Gesamtaufkommen an Steuern wird auf rund 100 Milliarden gesetzt. Die Parteien haben sich im wesentlichen auf der Regierungsvorlage geeinigt mit folgenden Änderungen: 1. Bei der Vermögensteuer und der Vermögenszuwachssteuer sind die von der Regierung vorgeschlagenen mittleren Tarife vorgezogen. Der Zuschlag zur Vermögenssteuer soll 20 Prozent betragen. Dazu soll durch Gesetz ein Zwangsanzahlung in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark aufgelegt werden, die in den ersten drei Jahren unverzinslich bleiben soll. 2. Die Nachkriegsgewinnsteuer soll fallen gelassen werden, da ihre Erhebung von den Finanzämtern eine nicht im Verhältnis zum Aufkommen stehende Arbeit verlangt. 3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 2 Prozent zur Anwendung kommen. Die hierbei umstrittene Frage der Umsatzsteuer der Genossenschaften soll aus der Diskussion ausgehen. 4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an das wirtschaftliche Leben. 5. Die Zuckersteuer soll mit Rücksicht auf die starke Vorkaufnahme des Verbrauches durch Umsatz- und Kohlensteuer und die Bedeutung des Zuckers für die Ernährung auf 50 Mark für den Doppelzentner festgesetzt werden. 6. Die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates herabgesetzt werden. 7. Bei der Biersteuer sollen bezüglich der Steuerhöhe die Beschlüsse erster Lesung aufrechterhalten werden. Die Regelung der Gemeindefinanzverwaltung soll dem Landessteuergesetz überlassen bleiben. 8. Die Einheit der gesamten Steuervorlage soll durch ein Garantiegesetz gewährleistet werden.

Ich nehme das Wort des englischen Premierministers vom internationalen Vertrauen auf als ein großes politisches Bekenntnis, indem ich darauf hinweise, daß auch das deutsche Volk und die deutsche Demokratie die Forderung nach Vertrauen erleben mit Rücksicht darauf, was sie bisher geleistet haben. Wir haben den guten Willen gezeigt, einen dauernden Frieden zu schaffen, im Vertrauen darauf, daß uns die gerechte Würdigung in der Welt nicht verweigert werden wird. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Hg. Graf Westarp (Dntf.) wandte sich gegen das Steuerkompromiß. Die Zwangsanzahlung würde die Unternehmungslust untergraben. Auch das deutsche Finanzprogramm an die Reparationskommission lehnte er ab. Die Aussprache, in der die Redner aller Parteien zu Wort kommen sollten, wurde in später Abendstunde auf Freitag nachmittags verlagert.

Die Herren der Aktionäre.

Von Kurt Deutscher, Berlin.

Im vergangenen Jahre leitete der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Geheimrat Deutsch, einen glänzenden Witz. Er meinte in einer Broschüre, die Arbeiter bräuteten das Kapital nicht mehr als sozialisieren, es sei ihnen so gut wie sozialisiert. Dies liehe sich dadurch beweisen, daß z. B. auf den Generalversammlungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft jeder Aktionär nur wenige tausend Mark vertrete. Deutsch nahm sogar an, daß der durchschnittliche Besitz des einzelnen Aktionärs sich nicht höher als auf 3000-5000 Mark stelle! Das sei Sozialisierung.

Wenn sogar Unternehmer- und Industrieführer vom Range des Generaldirektors der AEG die Sozialisierung so komisch verstehen, soll man sich wundern, wenn noch heute einzelne Arbeiter annehmen, daß sozialisieren heißt, den Unternehmergewinn in einen Zuschlag auf der Lohnkarte des Arbeitnehmers zu verwandeln? Heute wollen wir uns aber weniger mit Herrn Deutsch' „Sozialisierung“, wie er sie ausspricht, beschäftigen, die Sache hat ja auch noch eine andere Seite.

Nehmen wir einmal an, daß es wahr wäre, daß der Besitz an Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in durchschnittlichen Posten von rund 10 000 Mk. in aller Welt verstreut ist. Wer registert dann in dieser Aktiengesellschaft? Wer bestimmt in Wirklichkeit? Wo sitzen die Herren dieser Aktionäre?

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Generalversammlung der Aktionäre die entscheidende Instanz bei jenen Unternehmen, die in der Form der Aktiengesellschaft aufgebaut sind. In der Regel hat in der Generalversammlung jede Aktie eine Stimme. Neuerdings ist man von diesem Grundsatze häufig abgewichen, man hat Aktien mit mehrfachen Stimmrecht geschaffen. Wir haben jetzt Aktiengesellschaften, wo ein Aktionär mit einer bevorrechteten Aktie 12 und 15 Stimmen besitzt, während die nicht bevorrechteten Aktionäre sich mit ihrer üblichen einen Stimme begnügen müssen. Der Regelfall ist aber auch heute noch, daß jede Aktie eine Stimme besitzt. Auf der Generalversammlung entscheidet also, wer die meisten Stimmen, das heißt, die größte Anzahl Aktien besitzt.

Theoretisch genommen muß man also mindestens 51 Prozent aller Aktien eines Unternehmens besitzen, um in ihm herrschen zu können. Die unterliegenden 49 Prozent aller Aktien werden dann der ihnen innewohnenden Macht entblüht, die in ihnen stekende Kapitalgewalt geht mit auf den Besitzer der 51 Prozent über. Die 51 Prozent herrschen über die 49 Prozent! In der Praxis ist es aber noch anders, nämlich so, daß auf den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften bei weitem nicht sämtliche Aktienbesitzer anwesend sind.

Der Normalbesitzer, der Normalaktionär von heute, kauft kein Industrierpapier, weil er es für notwendig hält, damit Stimmrecht zu bekommen, die seinen Einfluß auf der nächsten Generalversammlung sicherstellt. Der gewöhnliche Aktienbesitzer will nicht registrieren, er will verdienen, Dividende einstecken. Er kauft deswegen Papiere, von denen er annimmt, daß sie ihm eine gute Rente und steigende Gewinne eintragen. Er vertraut der Leitung der in Betracht kommenden Aktiengesellschaft, er selbst will weder mit der Leitung etwas zu tun haben, noch hält er sie für verbesserungsbedürftig. Wäre er dieser Meinung, dann würde er — andere, weniger riskante, Papiere kaufen.

Aus diesen Gründen werden auf den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften in der Regel nur mehr oder weniger grobe Bruchteile des Gesamtkapitals durch deren Inhaber vertreten. Unter den anwesenden finden sich die wirklichen Herren des Gesamtkapitals, aller Aktionäre, die Großbesitzer. Das können Großaktionäre, Banken, ja, das können sogar die Besitzer des Unternehmens selbst sein. Deswegen ist es heute die Regel, daß nur wenige Herren, die meist nicht einmal die Hälfte des Aktienkapitals einer Gesellschaft besitzen, dennoch in ihr regieren. Damit hat sich das, um mit Herrn Deutsch zu reden, „Sozialisieren“ des Aktienkapitals, das in vielen kleinen Splintern bei den uninteressierten Aktienhabern lag, innerlich gespalten. Seine Rente ist bei den Aktienbesitzern verblieben, seine Macht ist auf die Herren der Aktionäre, auf die Großbesitzer vieler Aktien übergegangen.

Die Hauptinteressentengruppen waren selbstverständlich in den Generalversammlungen ihrer Aktiengesellschaft, was sie für richtig halten.

Ein recht treffendes Beispiel dafür bietet die jüngste Kapitalerhöhung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Sie erhöht ihr Aktienkapital um 250 Millionen Mark. In der Generalversammlung, die kürzlich stattfand, beschlossen die anwesenden Aktionäre demgemäß. Die Stimmenmacht der wenigen Großaktionäre genügt dazu voll und ganz. Es wurde dabei aber nicht etwa gesagt, zu welchem Preis die neuen Aktien ausgegeben werden! Die Großaktionäre wissen es, das genügt vollkommen, die „Sozialisierer“ Aktionäre lappen im Dunkeln. Da sie überstimmt worden sind, schon bedrungen, weil sie nicht anwesend waren und auch nicht gefragt wurden, entscheiden die Hauptinteressentengruppen darüber, zu welchem Kurs die neuen Aktien ausgegeben werden sollen, wie hoch der Agioertrag für die beteiligten Banken, für die Aktionäre und für die Gesellschaft sein wird. Das ganze nennt man Aktiendemokratie. Praktisch ist es ein Beispiel dafür, wie weit heute breite Massen des großindustriellen Kapitals faktisch in den Händen weniger Großkapitalisten sind, obwohl sie gar nicht ihr Eigentum sind.

Der Harem des Kronprinzen.

Gerichtliche Feststellungen aus dem Stappencleben.

Das ein Gerichtshof im Deutschen Reich als wahr unterstellt, daß der frühere deutsche Kronprinz in seinem Hauptquartier einen Harem von Dirnen beherbergt habe, dürfte vielleicht Erstaunen erregen. Freilich erklärt sich dieser Vorfall ganz zwanglos. Vor dem Landgericht Frankfurt a. d. O. als Berufungsinstanz hatte sich am 23. Januar der früher bei uns in Danzig tätige Genosse Mediziner Kurt Lehmann wegen Verleumdung des Offizierskorps des alten Heeres und der Reichswehr zu verantworten. Gegenstand der Anklage war ein Artikel zum 9. November, der auf die „laufende, laufende und stoffende Offizierskorps“ in der Stappe hinwies.

Der Angeklagte trat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Falkenfeld, einen außerordentlich umfangreichen Wahrheitsbeweis an. Er benannte über 1500 Zeugen für die Zustände in der Stappe, außerdem legte er zahlreiche Urkunden, Speldekarten aus Offizierskasinos und dergleichen zum Beweis des Stappenclebens vor. Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in diese Beweisaufnahme einzutreten, die so ganz und gar nicht der Absicht der Anklage entsprechen hätte, das Offizierskorps in Schutz zu nehmen. Es mußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisurteile kurzerhand als wahr unterstellte. Unter diesen Beweisurteilen befand sich u. a. auch die Behauptung, die in dem Buch eines bürgerlichen Politikers, „Die Tragödie Deutschlands“ (Verlag Dunder u. Humblot) aufgestellt ist:

Die Offiziere gaben der Mehrzahl nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz beherbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere übernahmten die Stappe.

unter eine funkelnde Kaiserkrone sich beugen war einfacher und bequemer — aber größer und würdiger und vornehmer ist doch das Volk, das sich unter selbstgewählte Klare Gedanken beugt, die voll Geist von seinem Geist und voll hohen Menschentums sind. Ich sage euch, es kommt die Zeit, wo das deutsche Volk auch diese seine Verfassung, diesen seinen Willen, ehren und lieben wird und stolz auf sie sein wird und wie ein einziger Mann zu ihr halten wird. So laßt uns denn zu unserer Verfassung stehen als zu unserem eigenen, selbstgegebenen Gesetz, als zu einem Wort und Werk, das wir selbst getan, nach dem ersten Willen der Mehrheit, das darum auch Gottes ist. Seht, so haben wir nun den Grund, darauf wir ein neues Deutschland bauen können.“

Der Dichter des „Förn Uhl“ und des „Hilfgenkel“, der von Hause aus bekanntlich selbst dem geistlichen Stande angehört, ist in den deutschen evangelischen Pfarrhäusern einer der gelehrtesten modernen Schriftsteller. Es wäre zu wünschen, daß mit dem neuen Buche Frensiens auch der Geist seines Pastors von Poggsee in die deutschen Pfarrhäuser einführen würde.

Das Elend der geistigen Arbeit. Eine angesehenere geographische Zeitschrift in Deutschland bezahlt nach wie vor ihre Aufsätze mit 64 Mark für den Druckbogen großen Formats. Das macht für die Seite 4 Mk. oder für die Zeile 4 Pfennige aus. Wer könnte eine Druckseite für 4 Mark auch nur ab schreiben, wenn er auf Verdienst angewiesen ist? Dabei ist die geistige Arbeit, die etwaige wissenschaftliche Leistung gar nicht in Betracht gezogen, auch nicht der Umstand, daß zu einer solchen Arbeit eine kostspielige Vorbildung und teures Studienmaterial erforderlich ist. Eine philosophische Zeitschrift erklärt sogar, daß sie nicht bloß kein Honorar zahlt, sondern in Zukunft von den Mitarbeitern sogar einen Zuschuß von 600 Mark für den Druckbogen fordern müsse. Für die Ehre, arbeiten zu dürfen, muß also ein Gelehrter auch noch bezogen!

Ferner behauptet die Verteidigung, der ehemalige Kronprinz habe ein in seinem Stappencleben wohnendes Mädchen (Scholtes) in ein junges Mädchen zu einer Dienerin gemacht, und die unehelichen Eltern des Mädchens aus dem Dorf geschoben lassen. All das wurde von dem Gericht kassiert, und es wurde unterstellt, eine nähere Beweisaufnahme sei nicht für nötig. Nicht gerade sehr ehrenvoll für den Kronprinzen!

Man hätte eigentlich meinen müssen, daß nach dieser Wahrheitsfeststellung das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen wäre. Aber mit geschickter Mit der kniffligen Begründung, daß es ein besonderes Stappenclebensverbrechen nicht gegeben (!) habe, daß also durch die Behauptung des Angeklagten auch die Frontoffiziere mit bestraft (!) seien, von denen jeder, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal in die Stappe gekommen sei (!), verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 1500 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt Jastrow hatte 8 Monate Gefängnis oder 150 000 Mk. Geldstrafe (!) beantragt. Wegen das Urteil ist Revision angemeldet. Bezeichnend an der Sache ist, wie das Gericht die Erhebung eines ihm verdächtigen Beweises vermeidet, indem es alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, diesen dann aber trotzdem verurteilt!

Eine Kasernentraödie.

Eine Verhandlung, die ein großes Schlaglicht auf die Verhältnisse der Reichswehr wirft, stand am Dienstag vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof an. Angeklagt waren der Vertreter Fischer und der Kraftwagenführer Standtke, beide Vertrauensleute der 1. Kompanie der Kraftfahrzeugabteilung Nr. 8 in Lantow. Die Anklage lautete auf Achtungsverletzung gemäß § 91 des Militär-Straf-Gesetzbuches mit folgender merkwürdiger Begründung:

Im Sommer 1921 nahm sich der Soldat Uhlig das Leben. Auf seinem Sterbelager bat er die beiden Angeklagten, seinem Vater mitzutellen, daß er

durch schlechte Behandlung seiner Vorgesetzten zum Selbstmord getrieben

worden sei. Sie sollten auch dafür sorgen, daß der Vorfall in eine linksstehende Zeitung käme. Den Wunsch des Sterbenden haben die beiden Angeklagten ausgeführt mit der Folge, daß gegen sie Anklage erhoben wurde, weil sie durch ihre Mitteilung eine Achtungsverletzung gegen ihre Vorgesetzten begangen hätten. Dem nicht militärischen Normalmenschen wird eine solche Anklage allerdings nicht in den Kopf gehen.

Die Verhandlung nahm den vorkaufsähnlich militärischen Verlauf. Die Vorgesetzten, durch deren Behandlung Uhlig, wie er erklärt hat, zum Selbstmord getrieben worden ist, waren nicht die Angeklagten, sondern wurden als Zeugen über ihre Handlungswelt vernommen. Natürlich waren sie sich nicht der geringsten Schuld bewußt und nahmen die Gelegenheit wahr, um dem toten Uhlig und den beiden angeklagten Vertrauensleuten ein schlechtes Zeugnis über das andere auszusprechen. — Ein Zeuge aus dem Mannschaftsstand bekundete, daß Uhlig an seinem Todestage ihm wirklich gesagt hat:

„Ich möchte erst dem Hauptmann und dann mir eine Kugel durch den Kopf schicken.“

Einen Höhepunkt bildete der Staatsanwalt. Er erklärte, daß das Verhalten der Angeklagten von ehrlöser Gestinnung zeuge, und beantragte gegen Fischer vier Monate, gegen Standtke zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger der Angeklagten erklärte die Anklage als geradezu unsittlich, weil sie dem sittlichen Empfinden des Volkes widerspreche, das die Uebermittlung der letzten Worte eines Sterbenden als Ehrenpflicht betrachte. Er beantragte Freisprechung. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß die Beweisaufnahme nicht ergeben hätte, daß die Vorgesetzten am Tode des Uhlig schuld seien. Die Angeklagten hätten ihre Stellung als Vertrauensleute verkannt und eine bewusste Verleumdung ihrer Vorgesetzten angestrebt. (?) Fischer wurde zu 48 Tagen Gefängnis, Standtke zu drei Wochen Arrest verurteilt. Weiden Verurteilten wurde bedingte Begnadigung und eine Bewährungsfrist von drei Jahren gewährt. Dieses Urteil wird niemand im Volk begreifen, am wenigsten aber den Herrn Staatsanwalt, der in der Uebermittlung des letzten Wunsches eines Sterbenden „ehrlöser Gestinnung“ erblickt!

33 Millionen Hungernde in Rußland.

Laut Daten des Nansen-Hilfskomitees werden gegenwärtig in Rußland 33 Millionen Hungernde gezählt. Die Lage in der Wolgafommune ist nach den letzten Berichten entsetzlich. Von etwa 92 000 Kindern der Stadt Komno, in der in der Hauptsache deutsche Ansiedler wohnen, können 8500 regelmäßig Nahrung erhalten. In dem Dorf Taphataly im Kreise Spasj in der tatarischen Republik hat, wie von den dortigen Sowjetbehörden protokolliert festgelegt wurde, ein Bauer seinen eigenen siebenjährigen Sohn aufgeessen. Dieser Vorfall, der übrigens nicht vereinzelt dastehen soll, gibt ein Bild von der fürchterlichen Lage, in der sich die Bevölkerung der Hungergebiete befindet. In den Hungergebieten macht sich jetzt auch ein starker Mangel an Ärzten bemerkbar. Infolge dessen mußten im Gouvernement Saratow 71 Dorfambulancen aufgehoben werden. Durch den Ärztemangel vergrößert sich auch immer mehr die Seuchengefahr.

Gen. Sindermann †. Der Landtagsabgeordnete Sindermann, Führer der sozialdemokratischen Partei Sachsens, ist im Alter von 73 Jahren einem hartnäckigen schweren Leiden erlegen.

Minengefahr in der Ostsee. Infolge der in letzter Zeit wieder in Erscheinung tretenden Minengefahr in der mittleren und nördlichen Ostsee ist der Passagierverkehr nach Wisby auf Gotland so umgelegt worden, daß die Passagierdampfer sich nur am Tage auf offener See befinden. Es ist in Betracht zu ziehen, daß es sich nicht um Minenfelder in den betreffenden Gewässern, sondern um treibende Minen handelt, die durch die Sucheräue der Minenfischer nicht beseitigt werden können.

Eine Verfassungsprophetie.

„Der Grund, darauf ein neues Deutschland zu bauen ist.“

In Gustav Frensiens Roman bei G. Grote, Berlin, erscheinendem Roman „Der Pastor von Poggsee“ spricht der Pastor die folgenden schönen Worte über die Weimarer Verfassung:

„Landsleute, wir haben nichts, nichts, was uns einig macht — nichts auf der ganzen Welt, als allein ein Stück Papier, an der heiligen Stätte Deutschlands geschrieben! Landsleute! Es ist so schlicht, so ohne allen äußeren Glanz, und doch ist es das Höchste, das wir haben, unser teuerstes Besitztum; denn es heißt, es bedeutet unser Zusammenkommen. Es bedeutet nach sechzig, ja nach Hunderten von Jahren unsere Einigung und darum unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Landsleute, was haben wir sonst, wir Volk im großen Unglück? In unserem religiösen Glauben sind wir gespalten, in unserem politischen Glauben schwere Gegenläufe, tief begründet in der tiefen, zwiespältigen Natur der deutschen Seele. Nein, wir haben keine andere Gegenwart und keine Hoffnung als allein dies Stück Papier, dies wohlherwogene Atommen verständiger Männer, diesen Sieg der Vernunft, diese Vereinigung auf milderer Linie. Oder in dies Papier in seinem Inhalt nicht würdig, nicht heilig genug? Streitet dies Papier gegen den Geist der alten ehrwürdigen Kirche oder gegen den Geist Luthers oder gegen den lichten Geist Goethes oder gegen den rechtsverstandenen Geist Bismarcks? ... Nein, die großen Geister unseres Volkes wenden sich nicht von ihm ab! Es ist voll Menschenholz und Menschenwürde, voll Glauben und Vertrauen in das Menschentum und darin kritisch und deutsch zugleich. Wogegen es freit, das ist gegen den geborenen Hochmut und gegen die Hebergewalt des Goldes. Landsleute, ihr schlichten Menschen ... glaubt nicht denen, welche die Verfassung von Weimar herniederziehen und verächtlich machen. Glaubt nicht denen, die da sagen, daß das Leid dieser Zeit von der Verfassung von Weimar kommt; es kommt von dem Irreweg, den die früheren Führer uns geführt, und von unserer früheren Unmündigkeit und vom verlorenen Krieg. Freilich —

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 23

Freitag, den 27. Januar 1922

13. Jahrgang

Revision der Demobilmachungsbestimmungen.

Ein Agitationsantrag des Zentrums.

Vollzug des Volkstages

am Donnerstag, den 26. Januar 1922.

Die Anträge des Senats auf Strafverfolgung der Abg. Ben und Gebauer wurden nach kurzer Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen. Auf Wunsch des Abg. Reuter wurde die Große Anfrage der Deutschen Partei betr. Aenderung des Gesetzes zur Regelung der Einkommensteuer von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Finanzsenator Dr. Volkmann nicht anwesend war.

Zentrumliche Demagogie.

Ein Antrag der Zentrumsfraktion verlangte Nachprüfung des Beamteneinkommengesetzes.

Der Abg. Schille (Z.) führte aus, daß der § 45 des Beamteneinkommengesetzes eine sofortige Nachprüfung des Gesetzes vorsieht. Der vorliegende Antrag bezwecke die Nachprüfung zu beschleunigen und das Existenzminimum der unteren Beamtengruppen sicherzustellen. Redner stellte die sonderbare Behauptung auf, daß die Arbeiterlöhne der Teuerung entsprechend aufgebessert seien; was auf der linken Seite des Hauses große Erregung verursachte. Der Redner wurde wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen.

Eine Bloßstellung des Zentrums.

Abg. Gen. Kroginski gab seiner Verwunderung Ausdruck darüber, daß gerade die Zentrumsfraktion jetzt für die unteren Beamten eintritt. Bei den vor wenigen Wochen stattgefundenen Ausschussverhandlungen der Beamteneinkommengesetzgebung waren von der Linken Anträge gestellt worden, die den unteren Beamten eine auskömmliche Zulage garantierten. Diese Anträge zugunsten der unteren Beamten wurden von dem Zentrum und den Deutschen Nationalen abgelehnt. Das Zentrum steht nun ein, daß es damit die unteren Beamten vor den Kopf gestoßen hat und sucht seinen Fehler wieder gut zu machen. Die jetzt vom Zentrum gestellte Forderung ist im § 45 des Beamteneinkommengesetzes enthalten. An dem Senat liegt es, die im § 45 vorgesehene Nachprüfung schleunigst vorzunehmen. Nachdem die höheren Beamtengruppen ausreichende Gehälter erhalten haben, müssen auch die unteren Beamtengruppen vollständig aufgebessert werden. Von jeher sind die niederen Beamten im Vergleich zu ihren Leistungen zu gering besoldet worden. Der Zentrumsantrag ist lediglich Demagogie, denn das Zentrum hat bei den Ausschussverhandlungen alle Verbesserungsanträge niedergedrückt.

Abg. Rau (U. S. P.) betonte, daß es nur der Zentrumstimmen bedürft hätte, um die Gehälter der unteren Beamten genügend aufzubessern. Dann wäre auch die große Kurve unter den Beamten nicht eingetreten. Der Zentrumsantrag sei Scheuerei, lediglich aus agitatorischen Gründen gestellt. Redner wandte sich dann gegen die Behauptung, daß bei den Arbeitern die Teuerung durch die erhöhten Löhne ausgeglichen sei.

Abg. v. Budzynski (Pole) kennzeichnete den Zentrumsantrag ebenfalls als Agitationsmanöver, denn das Zentrum habe vor wenigen Wochen alle Anträge zugunsten der unteren Beamten abgelehnt.

Abg. Schmidt (R.) führte das Vorgehen des Zentrums darauf zurück, daß es versucht, den übrigen Mitgliedern der unteren Beamten den Rang abzulaufen. Einzelne Arbeitervertreter des Zentrums gebärden sich zwar recht radikal. Der Dekan Sawasch habe jedoch erklärt, daß die Behauptung, das

Zentrum vertrete zu sehr die Interessen der Arbeiter, unrichtig sei.

Abg. Grobelski (P.) erklärte, daß die Zentrumsfraktion stets nur Mitläufer der Deutschen Nationalen gewesen sei. Das Zentrum habe nie eine eigene Politik gemacht.

Die Aussprache war damit beendet. Der Zentrumsantrag wurde von den Bloßpartien angenommen.

Auflösung des Demobilmachungsausschusses

verlangte ein polnischer Antrag.

Abg. Grobelski (P.) begründete den Antrag. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei der Ansicht, daß der Demobilmachungsausschuß schleunigst verschwinden muß. Dieser sei nur errichtet worden, um die längst beendete Demobilmachung zu erleichtern. Der Demobilmachungsausschuß leiste nichts für die Allgemeinheit, er habe lediglich den Zugang ausländischer Arbeiter verhindert. Er sei nicht mehr notwendig, Arbeitsamt und Polizei könnten den Zugang ausländischer Arbeiter überwachen. Redner beantragte, den Antrag der Polnischen Fraktion dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Dr. Neumann (D. P.) wies darauf hin, daß die Deutsche Partei vor einiger Zeit einen ähnlichen Antrag eingebracht, jedoch wieder zurückgezogen habe. Ein Teil der Demobilmachungsbestimmungen sei überholt. Die Aufhebung des Demobilmachungsausschusses habe jedoch so weitgehende Folgen, daß die Deutsche Partei nicht ohne weiteres für den Antrag der Polnischen Partei stimmen könne. Eine Aenderung der Bestimmungen ist notwendig.

Abg. Dr. Niehaus (Dmitl.) erklärte, daß sich seit Einsetzung des Demobilmachungsausschusses die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Im Laufe der Zeit sind eine Menge Einzelbestimmungen erlassen worden. Es muß geprüft werden, welche volkswirtschaftlichen Folgen die Aufhebung sämtlicher Bestimmungen nach sich zieht. Im Ausschuss ist Gelegenheit, die Probleme zu lösen. Veraltete Bestimmungen müssen aufgehoben werden.

Abg. Gen. Kroginski:

Neben dem Vertreter der Polnischen Fraktion wünscht auch ein Teil der Danziger Kapitalisten die Aufhebung des Demobilmachungsausschusses. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Danziger Bevölkerung, zu deren Schutz die Bestimmungen geschaffen wurden, ins Hintertreffen gerät. Ohne den Erlaß dieser Verordnung wäre das Chaos bei der Demobilmachung noch viel größer geworden. Wenn in Deutschland die Befreiung der Ausschüsse beabsichtigt ist, so ist das daraus zu erklären, daß dort die Arbeitslosigkeit nicht mehr den Umfang hat wie bei uns. Wir haben noch 5000 Arbeitslose, die nur zu einem kleinen Teil unterstützt werden. Der übergroße Teil ist im tiefsten Elend.

Die Aufhebung der Demobilmachungsverordnung ist für Danzig nicht gegeben.

Der Demobilmachungsausschuß läßt eine Tätigkeit aus, die für einen großen Teil der Danziger Bevölkerung vorteilhaft ist. Diesen Interessen der großen Masse der Bevölkerung stehen die Interessen einer kleinen Interessentengruppe gegenüber. Die Heranziehung von Spezialkräften wird durchaus nicht verhindert. Die Danziger Arbeiterfraktion steht in den polnischen Arbeitern ihre Arbeitskräfte, und versucht, durch ihre Organisationen die polnischen Arbeiter auf eine ähnliche Kulturböhe zu bringen, auf der die deutschen Arbeiter stehen. Es soll aber ein Schutz getroffen

werden gegen Lohnrücker, denn es besteht die Gefahr, daß polnische Arbeiter in Danzig zu Lohnrückern werden.

Wir können nachweisen, daß ein großer Teil der polnischen Arbeiter in Danzig arbeitet und auf Grund des Weltaunterschiedes sehr gut dabei fährt. Es ist richtig, daß ein Teil der Bestimmungen, der bei der Demobilmachung nötig war, revisionbedürftig ist. Aber der Gedanke des Wessens und Wirkens der Demobilmachungsausschüsse, die heimische Arbeiterschaft gegen die Ueberflutung durch fremdländische oder fremdbesitzliche Arbeiter zu schützen, muß aufrecht erhalten werden, solange in Danzig noch die große Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Prüfen wir überall, was aufgehoben werden kann, aber lassen wir bestehen, was zum Schutze der erwerbstätigen Bevölkerung notwendig ist.

Abg. Pietkan (R.) trat für das Bestehenbleiben des Demobilmachungsausschusses in seiner jetzigen Form ein. Solange in Danzig noch Arbeitslose in großer Zahl sind, muß der Zugang ausländischer Arbeiter unterbunden werden.

Abg. Fischer (U. S. P.) erkannte an, daß ein Teil der Demobilmachungsbestimmungen reformbedürftig sei, es müsse deshalb eine sehr genaue Nachprüfung stattfinden. Der Demobilmachungsausschuß bilde nicht eher aufgelöst werden, bevor der Senat ein vollständig neues Arbeitsrecht in Kraft gesetzt habe.

Abg. Gen. Kroginski

wies nach, daß der Antrag der Polnischen Fraktion einer perfiden Verärgerung des Abg. Grobelski entspringe, weil letzterer den Tarif für das Klempnergewerbe anerkennen mußte. Dieser Vorgang darf nicht Anlaß sein, nun alle Bestimmungen der Demobilmachung ohne weiteres aufzuheben. Damit wird an den Grundlagen unserer Wirtschaft gerüttelt. Es ist durchaus falsch, wenn angenommen wird, daß die Grundlagen für die Demobilmachungsbestimmungen nicht mehr gegeben sind. Ich will ins Gedächtnis rufen, daß Anfang Oktober und November 1918 sämtliche Unternehmer, Arbeiter- und Angestelltenverbände zusammengekommen sind und die Grundlagen für unsere Demobilmachungsgesetzgebung beschlossen haben. Damals wurde u. a. anerkannt: Die Gewerkschaften sind die berufene Vertretung der Arbeiterklasse; eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit ist unzulässig; die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch Kollektivverträge zu vereinbaren mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen; für jeden Betrieb mit wenigstens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen. Die Einrichtung von Schlichtungsausschüssen und resp. Einigungsämtern wurde geregelt.

Diese freiwilligen Vereinbarungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite der deutschen Republik waren die Grundlagen für die nachfolgenden Verordnungen und Gesetze. Es handelte sich darum, das öffentliche Leben aufrecht zu erhalten und den Schwachen den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen. Wir Sozialisten und Arbeiter stehen auf dem Boden der unbedingten Freizügigkeit. Aber so lange wir in Danzig ein so großes Heer von Arbeitslosen haben und sie mit unseren Steuergroßen unterstützen müssen, können wir natürlich die Tore Danzigs nicht öffnen für die Ausländer. Solange die Notwendigkeit besteht, die Demobilmachungsbestimmungen aufrecht zu erhalten, müssen sie bestehen bleiben. Wir werden jedenfalls, wenn Sie oder eine andere Stelle es versuchen sollten, die Demobilmachungsbestimmungen aufzuheben, den

allergrößten Widerstand entgegensetzen.

Wenn wir dennoch unsere Zustimmung zur Nachprüfung dieser Verordnung geben, so aus dem Grunde, weil in der Zwischenzeit die Schlichtungsausschüsse die Verordnungen

Ich bin das Schwert!

Roman von Annemarie von Nathusius. (Fortsetzung.)

Welches waren die Vergnügungen, die sie liebten? Was beschäftigte sie in ihren Mußestunden? Hatte mein Mann nicht jemals aufgefordert, ihm ein gutes Schauspiel, eine Bagneroper zu folgen? Hatte ich bei ihm, der mir meine paar Bücher entwendete, jemals gute Lektüre gefunden? Sprachen meine Brüder von anderen Dingen, als von Pferden, Wetten, Tennisturnieren, gesellschaftlichen Skandalen, beherrschte sie eine andere Leidenschaft, als das Spiel und der ungedeckte Tisch. Waren ihre Liebes- und Ehegeschichten nicht ein Hohn auf alle feinen, zarten, edlen Gefühle? Wurden ihre Frauen unter ihren Händen nicht zu Zerrbildern ihrer selbst, mit birnenhaften Gesichtern und Gewohnheiten? Was wollten die wenigen Ausnahmen besagen? Ein Graf Dankefeld, eine Marie Luise, eine Familie Went?

Ich war in der rechten Stimmung, Hans Wandlich alles, was mich heute an Erkenntnis überfallen hatte, in das Gedächtnis zu schleudern. Empört verlangte ich meine Hefte, Briefe und Bücher zurück. Aber nie werde ich den Blick vergessen, mit dem er meine Handgelenke packte und mich schüttelte, wie ein widerspenstiges Kind, dessen Blick voll Hohn, voll Mißgunst und Grausamkeit.

„Nichts gebe ich dir zurück, bis du klein beigegest. Spare deine Kritik. Aber tue deine Pflicht. Ich bin mit dir die Ehe eingegangen, um meinem Besitze einen Erben zu geben. Du hast meine Hoffnungen böshafte Weise schon einmal zerschanden gemacht. Ein zweites Mal —“

Ich wehrte mich gegen seine Umklammerung, seine Gewalt — ich schlug ihm die Faust ins Gesicht, ich biß in seine Hand, ich wehrte mich wie gegen einen Mörder. „Gef, zu deiner Geliebten nebenan. Robert erlaubt es dir. Er raucht Geld.“ Ich leuchte, die Kräfte verließen mich. Da trat ich einen hellenden Hilferuf aus und sofort gab er mich frei.

„Bist du wahnsinnig geworden, Kanaille du?“ zischte er mich an, weiß vor Wut. Ach, wie ich mich vor ihm eckelte, vor ihm, den ich einst zu lieben glaubte, nach dem mein Blut geflohen, mein ganzes Wesen hingedrängt hatte.

Am nächsten Tage kam er mit Gräfin Nooh entgegen, gerade als ich mich auf dem Wege nach Teplich befand. Ich wußte sofort, daß sie seine neue Geliebte war, die Frau des Rittermeisters, in dessen Schwabron auch Christian stand. Trotzdem wechselten wir Gruß und Händedruck, luden uns gegenseitig ein, lächelten uns zu, als hätten wir einander beschenkt.

Bei Marie Luise traf ich Besuch und mußte über mein Leiden schweigen. Graf Gensbach war der erfolgreichste Reiterreiter der Saison. Trotzdem er schon ein Jahr bei den Kürassieren stand, sah ich ihn an diesem Tage zum erstenmal. Sein überaus mageres scharfgeschnittenes Gesicht mit den kühnen Augen gefiel mir. Sein einfaches Wesen sprach mich an.

„Ich habe bei meiner Kusine Eva Karolstein schon viel von Ihnen gehört, Baronin!“ begrüßte er mich sofort mit mehr Wärme als üblich. „Ihre Gemahlin kenne ich schon lange gut. Wandlich stand ja bei meinen alten Halbbrüdern.“

Während des Tees kam Helene Roschewitz, jetzt Frau von Below. Ich richtete in ihrem Gesicht nach Leiden und Kummer. Aber vergebens. Helene, die sich vor dieser Heirat gekränkt, der ich einen revolutionären Brief geschrieben, war eine auflebende Frau geworden. Und Mini von Straßburg, die glückliche, ewig lachende Mini? Sie kam bleich und müde von ihrem Elternzuge herüber, wo sie den Urlaub ihres Mannes verlebte. Man munkelte von Scheidung, unerhörten Brutaltäten, homosexuellen Neigungen ihres Mannes, der die Kuraten dazu kommandierte. Auch er war ja ein Regimentskamerad von Robert. Ich bat sie, mich zu besuchen, denn zu den Lebenden unter meinen Mißgunstern fühlte ich mich nun einmal am meisten hingezogen.

Wir wurden das unzerstörliche Aesblatt dieses Sommers, Mini, Graf Gensbach und ich. Weiße Mitle, harmlose Pikaneries im Wald und Feld führten uns fast täglich zusammen. Es war der zweite Liebesraub, den ich erlebte. Vielleicht hätte ich mich ihm nicht hingeegeben, aber ich wurde bei dem Gedanken daran ein Gefäß des Triumphes nicht los. Mich in Gensbachs Arme werfen und dann hingehen und es Hans Wandlich ins Gesicht schreien, das schien mir in meinem Haß die beste Sache. Ohne alle Vorzicht, mit einer höhnischen Heringsätzung, stürzte ich mich in dieses Abenteuer.

Es war an einem heißen Juliabend. Die ganze Erde duffete. Der Wald stand still und geheimnisvoll, ohne jedes Blätterrascheln. Es war, als hielte er den Atem an. Erwartung lag in der Luft, glühende Erwartung.

Rede deine Sprache der Verführung, du heiter Sommer mit deiner Strahlenkrone aus Licht und roten Wolken, mit deinem Repter aus Rosen und brennenden Verbienen. Deine Hand hielt die Schale mit kühlendem Trank, sie floß über, diese Schale, und ich legte meine Lippen an ihren Rand.

Ich hatte seinem Willen, ihn allein zu treffen, nachgegeben. Er kam mit den stolzen Lippen, die ich so sehr liebe. Er hielt sie mir vom Pferde entgegen, wie eine Bitte, wie einen zitternden Ruf. Mit beiden Händen griff ich danach. Ihr süßer, schwerer Atem zerföhrte den letzten Rest inneren Widerstrebens. Und doch — als er nach mir greifen wollte, als nach einer ihm versprochenen Frucht, lebte ich mich auf. Ich trat zurück und sah ihn mit kalten bösen Augen an.

„Ich liebe Sie nicht“ sagte ich mit einem fast triumphierenden Lächeln, das mich sicherlich nicht verschonte.

„Süß, warum wollen Sie mich jetzt quälen? Was habe ich Ihnen getan Habe ich nicht in aller Demut um Ihre Günst erworben, wie ein Minneritter?“

„Ich wollte Ihnen nur sagen, damit wir uns nicht mißverstehen, daß ich Sie nicht aus Liebe kommen lieh.“

„Warum denn? Er wagte mir wieder näher zu treten, meine beiden Hände zu fassen. „Warum denn? Um sich über mich lustig zu machen?“

Sein braunes, verbranntes Gesicht, das nur aus Haut und Knochen bestand, war ganz dicht über dem meinen, in seinen Augen lag eine demütige Bitte.

„Ich denke nur noch an Sie. Steige ich zu Pferde, nehme ich ein Hindernis, jostt die Menge mir zu — ich fühle, ich fühle nichts. Alles ist ein Traum. Nur Sie sind Wirklichkeit. Verstehen Sie das?“

„Ja — ich verstehe es. Ich habe es auch einmal durchgeführt,“ sagte ich spöttlich. „Aber nachher kommt der Ekel. Sie wissen doch, wie es ist. Sie mit Ihren tausend Liebesgeschichten.“

„Ja — ich leugne nicht. Die Frauen laufen mir nach. Aber ich habe nie — bei meiner Ehre — nie geliebt, bis jetzt. Ich will Sie nicht berühren, nur Sie bitten, sich von Wandlich zu trennen, um meine Frau zu werden.“ (Fortsetzung folgt.)

mitbedingt und einen ganz anderen Sinn hineingelegt haben. Es ist unbedingt notwendig.

Dieser Verordnung zu verbessern, so daß ein juristisch geschulter Landgerichtsdirektor auch die Bestimmungen richtig lesen kann. Denn leider muß ich feststellen, daß ein Teil dieser Herren die Bestimmungen nicht versteht. In der Verordnung der Volksbeauftragten vom 20. Dezember 1920 sind die Arbeitergewerkschaften ohne weiteres als wirtschaftliche Interessenvertreter der Arbeiter anerkannt und berechtigt worden, Tarifverträge zu schließen. Aber im Jahre 1922 geschah es in der Freien Stadt Danzig, daß der Landgerichtsdirektor Dr. Albrecht entschied, daß nur die Arbeiterausschüsse Lohnforderungen erheben und durchsetzen können. Die Gewerkschaften können dreierlei dazu die Arbeiterausschüsse vertreten. In einem Teil von Betrieben bestehen überhaupt noch keine Ausschüsse. Denn wenn sich solche bilden, wirt das Unternehmertum die Verteilenden ohne weiteres hinaus. Der Vertreter der Firma Heydorsff u. Co., einer Automobilwerkstatt in Hoppo, erklärte vor dem Schlichtungsausschuß: „Jeden organisierten Arbeiter als Decker lege ich sofort an die frische Luft.“ Der Unternehmer ist in der Lage, die Bildung von Arbeiterausschüssen zu verhindern.

Nach der Auslegung Dr. Albrechts sind dann die Gewerkschaften nicht in der Lage, die Lohnkämpfe durchzuführen. Durch solche Auslegungen sollen die Löhne der Arbeiter niedriger gehalten und die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft noch mehr verschlechtert werden. Deshalb verlangen wir eine

geschändliche Nachprüfung der Bestimmungen, damit die Arbeiterschaft tatsächlich einen Schutz hat gegen das Danziger Ausbeutertum, ganz gleich, welcher Nationalität. Wir geben unsere Zustimmung nicht dazu, daß alle Bestimmungen samt und sonders aufgehoben werden. Die Nachprüfung wird zweckmäßig in dem Ausschuss zur Nachprüfung der Gesetze und Verordnungen, die vor dem 10. Januar 1920 erlassen worden sind, erfolgen.

Hg. Schwabski (Pole) versucht, die polnischen Arbeiter gegen den Vorwurf der Lohnbrückerlei zu verteidigen und erklärte, daß die Arbeiter in Pommern mehr verdienen als in Danzig. (Große Heiterkeit.)

In persönlichen Bemerkungen erklärt Hg. Grobeloki (P.), daß er den Tarif nur wegen der Lohnhöhe nicht sofort unterschreiben habe.

Demgegenüber stellte Hg. Gen. Arczynski fest, daß Grobeloki sich gewundert habe, mit den Danziger Gewerkschaften zu verhandeln, weil die polnische Verfassung eine Einigung nicht hinzugezogen worden sei. Erst durch Streik mußte die Anerkennung des Tarifs erzwungen werden.

Hg. Dr. Spidich (D. P.) erklärte, daß der Bericht der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ über eine Versammlung der Deutschen Partei den Tatsachen nicht entspricht.

Der Antrag der Polnischen Fraktion ging an den Rechtsausschuß. Die Tagesordnung war damit erschöpft. Schluß der Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung heute nachmittag 8 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Die Aussichten für Auswanderer.

Das Auswanderungsamt schreibt uns: Mit dem Beginn dieses Jahres mehren sich wieder die mündlichen und schriftlichen Anfragen an das Auswanderungsamt der Freien Stadt Danzig in beachtenswertem Maße, und so scheint es angebracht, den Auswanderungsinteressenten auf diesem Wege für die Danzstellerländer ganz allgemein mitzuteilen, daß a. B mit der Aufhebung der bisherigen beschränkten Kontingentierung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika (wobei der Sudrang im Gegensatz zum Deutschen Reich von hier aus nach wie vor am größten ist), für Mitte dieses Jahres keineswegs zu rechnen ist, daß man im Gegenteil nach zuverlässigen Informationen eine weitere ganz wesentliche Einschränkung bzw. Erhäufung der Einwanderung dort annehmen muß. Denjenigen, die das erforderliche Visum des amerikanischen Konsuls zu erlangen vermöchten und weder Verwandte noch Bekannte „drüben“ besitzen, wird dringend empfohlen, sich vor der Abfahrt die Adresse von mehreren bewährten Hilfsorganisationen vom Wanderungsamt zu beschaffen, die ihnen neben den jetzt überall eingerichteten amtlichen Arbeitsnachweisen in U. S. A. wertvolle Dienste zur Erlangung einer Stellung leisten werden.

Es ist ganz zwecklos, sich von hier aus um eine Stellung in den Vereinigten Staaten zu bemühen, ganz abgesehen davon, daß nach den amerikanischen Gesetzen ein vorheriges Engagement verboten und strafbar ist. Bezüglich des amerikanischen Arbeitsmarktes wird darauf hingewiesen, daß nach den neuesten Berichten bisher nur eine geringe Abnahme der enormen Arbeitsloseniffern „drüben“ festzustellen ist, obwohl eine beachtenswerte Zunahme der Bautätigkeit in 197 wichtigen Städten und eine Besserung der Lage der Landwirtschaft den Arbeitsmarkt etwas entspannt hat.

Auch für Argentinien liegt ein Verzeichnis zuverlässiger Stellenvermittlungen in Buenos-Aires vor, deren Einschickung im Wanderungsamt gern gestattet wird. Aber auch für dort gilt der obige Satz, daß Bemühungen von hier aus nutzlos sind, da der Argentinier (abgesehen von wenigen Großfirmen) nicht das Risiko des Abarbeitens der eventuell vorausgelagerten Reisekosten seitens der Engagierten zu tragen wüßte, und zwar im Hinblick darauf, daß die argentinische Gesetzgebung dem Arbeitgeber keine Handhabe bietet, den Engagierten nach der Landung gegebenenfalls zur Arbeit zu zwingen. Hier (wie im gesamten Lateinamerika) empfiehlt es sich, gute Referenzen vorweisen zu können, da man dort ungern Unbekannte von der Straße weg annimmt bzw. ohne weiteres vertraut.

In Argentinien wie in Brasilien fallen die Einwanderungserleichterungen, die in Nordamerika die Einwanderung zurzeit nahezu zum Stillstand gebracht haben, fort, wer demnach die geforderten Unterlagen beibringt, nicht ganz mittellos dort ankommt, hat eine event. Rücksendung nicht zu befürchten. Da nach amtlichen Berichten aus Brasilien dort Stehrunderstand auf freier Bundes- und Staatskolonien nicht mehr zur Verfügung steht, so bleibt den deutschen Einwanderern die sich nicht gern erblich betätigen können, lediglich die für Deutsche ganz ungeeignete Beschäftigung auf Kaffeeplantagen übrig. Privater Kolonisationsgängen dort ist mit großer Vorsicht zu begegnen; nur wenige sind vertrauenswürdig.

Renner Verträge bezugl. der reichsdeutschen Kolonie Mexiko in Mexico bestehen den Interessenten auf dem Wanderungsamt (Wallgasse 18/16) zwischen 11 und 1 Uhr gern zur Verfügung. Zum Schluß möchten wir auch bei dieser Gelegenheit von neuem darauf hinweisen (was leider nur von sehr wenigen Auswanderungsinteressenten bedacht wird), ein wie unendlich wichtiger Faktor im Fremdenland die Beherrschung der Landessprache im Kampfe mit einer neuen Existenz ist. Man verzichte deshalb, sobald die Möglichkeit der Auswanderung feststeht, nicht, sich zügig mit der fremden Sprache zu beschäftigen.

Mischlingesell an der Freilichtgrenze. Vor der Strafkammer hatten sich der Viehhändler Michael Janny, der Bauer Reinhold Schulbach und ein Kräutler Marie Eisler aus Rantenstein zu verantworten. Janny wollte jenseits der Grenze aus Pommern Vieh holen und nahm Schulbach als Fuhrmann mit. Die drei Angeklagten fuhren dann an die Grenze und es sollte Vieh aus Neustich herübergebracht werden. Die Eisler ging hinter und trieb das Vieh von der Weide über die Grenze, wo es von Janny in Empfang genommen wurde. Ein Grenzbeamter hatte die Sache aber bemerkt und beschlagnahmte das Vieh, da es ohne Erlaubnis eingeführt wurde. Es lag ein Vergehen gegen das Viehsteuergesetz vor. Das Gericht verurteilte Janny zu 9 Monaten Gefängnis und die Eisler zu 600 Mark Geldstrafe. Janny hatte versucht, den Beamten zu bestechen und dafür erhielt er 1000 Mark Geldstrafe. Schulbach wurde freigesprochen, da er lediglich ein Fuhrwerk gestellt hatte, ohne zu wissen, daß eine unerlaubte Handlung begangen werden sollte.

Aus dem Osten.

Marienburg. Einen Reinsfall erlebten die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen in einer von ihnen zur Angestelltenversicherungswahl einberufenen Werkserversammlung. Der Referent stellte sich in schönen Worten für die Wahlbestätigung der Angestelltenversicherung ein. Ihm trat ein Rechner des Ala-Bundes entgegen, der lebhaften Beifall erntete. Eine Ala-Resolution, die die Verschmelzung der sozialen Versicherungen forderte, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, und die Deutschnationalen sahen davon, wie die betäubten Kohgerber.

Streik in Stettin. Im Eisenwerk Kraft bei Stettin ist heute früh wegen Lohnforderungen ein Streik ausgebrochen. Da die Notstandsarbeiten verweigert wurden, mußte die technische Rothilfe eingesetzt werden, um die Hochofen vor dem Erfalten zu bewahren.

Greifswald. Ein Raubüberfall wurde auf die Spar- und Darlehnskasse in Zemiß verübt. Der Mandant nahm am Sonnabend an einem Vergnügen in Wolgast teil. Ein Rentengutbesitzer Freese blieb über Nacht bei dem sehr schwerhörigen alten Schwiegervater des Mandanten, um Haus und Kasse nicht ohne Schutz zu lassen. Abends gegen 9 Uhr ging die Tür nach dem Schulhofe. Raum hatte Freese die Stubentür des Kassenzimmers geöffnet, wurde ihm zugerufen: „Hände hoch!“ Freese warf aber schnell entschlossen die Tür wieder zu. Darauf wurde mit Revolvern vertheideten Ralliers durch die Tür geschossen. Als die Banditen die Füllung gesprenkelt hatten, zog sich Freese in das nächste Zimmer zurück. Wieder schossen die Banditen durch die Tür. Als Freese durch die andere Haustüre Hilfe holen wollte, wurde er von einem dritten Banditen mit Schüssen empfangen. Er schloß diese Tür und alarmierte nun vom Boden aus durch Schüsse die Nachbarschaft. Darauf flohen die Banditen. Im Kassenzimmer hatten sie Möbel zertrümmert. Nur die Portokasse fiel ihnen als Beute zu.

Rönigsberg. Eine Demonstration von Erwerbslosen fand Mittwoch mittag im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung vor dem Rathaus statt. Eine Kommission begab sich zum Oberbürgermeister, wurde aber nicht empfangen, angeblich, weil der Oberbürgermeister die gerade stattfindende Magistratssitzung nicht unterbrechen wollte. In Wirklichkeit will der Oberbürgermeister, wie er in der am gleichen Tage stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung mitteilte, nicht unter dem Druck der Straße verhandeln. Die Erwerbslosen, die solange ruhig warteten, bis die Kommission unverrichteter Sache zurückkehrte, gaben dann ihrer Entrüstung durch laute Rufe Ausdruck. Darauf schritt die Schutzpolizei ein und säuberte den Platz, wobei es zu leichten Verletzungen und Verhaftungen gekommen sein soll. Eine für gestern vormittag wieder beabsichtigte Erwerbslosendemonstration vor dem Rathaus wurde von der Schutzpolizei verhindert.

Rönigsberg. Monarchistische Schulpropaganda. Der vielfachste Schulausfall am 18. Januar gab Anlaß zu einer lebhaften Aussprache im Rönigsberger Stadtparlament. Sozialdemokraten, Unabhängige und Demokraten hatten eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob er dieses Verhalten billige und solche Vorgänge in Zukunft verhindern wolle. Der Stadtschulrat bedauerte den Vorfall. Der Schulausfall wegen des Krönungstages sei unvereinbar mit den gegenwärtigen Staatsverhältnissen. Auch dürfe es nicht wieder vorkommen, daß gerade an diesem Tage Schulausfälle angezettelt werden. Von den Demokraten wurde darauf hingewiesen, daß von gewisser Seite systematisch versucht würde, die Autorität des Staatswesens zu untergraben. J. B. werden in Privatschulen Schüler zum Unterschreiben von Glückwunschadressen an den Kaiser veranlaßt. Beschlossen wurde, daß der Magistrat energig über den Vorfall nachzugehen solle, um zu verhindern, daß dergleichen Dinge sich nicht wiederholten.

Rönigsberg. Wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem Schulmädchen, verurteilte das Schwurgericht den Metzger Wilhelm Sablowski aus Gubaden, Kreis Wehlen, zu sechs Jahren Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust.

Rönigsberg. Folger eines Leichtsinns. Zwei Bäckergehilfen, Ernst und Albert Brunst, Borchertstraße 20, hatten, um ihr Zimmer zu erwärmen, einen Eimer mit glühenden Kohlen in die Nähe der Betten gestellt. Einwohner bemerkten verdächtigen Rauchgeruch und alarmierten die Feuerwehr. Da ein Bett war bereits in Brand geraten. Beide Gesellen waren bewußtlos. Albert Brunst hat solche Brandmühen davongetragen, daß er verstorben ist.

Aus aller Welt.

Selbstmordversuch Gruppen. Der in der Ribbepel-dorfer Werdstraße zwei mal zum Tode verurteilte Architekt Peter Gruppen unternahm im Gerichtsgefängnis einen Selbstmordversuch. Er versuchte sich zu erhängen, konnte jedoch durch das rechtzeitige Eingreifen eines Gefängnisbeamten gerettet werden.

Der Brand des Friedrichtheaters in Dessau ist, wie nunmehr festgestellt ist, auf einen Schaden Li der Selbstschuß zurückzuführen. Eine Flamme schlug durch eine schadhaft gewordene Stelle der Heizungsanlage und setzte die Bühne, unter der sich die Heizung befand, in Brand. Das Künstlerpersonal ist dadurch hart getroffen, da es infolge eines Brandes als entlassen gilt. Das Kuratorium hat sich für den Wiederaufbau des Theaters entschrieben.

Ein wertvolle Schlossbesetzung niedergebrannt. Im Haus Wetmar bei Bochum brach Großfeuer aus, das den größten Teil des Schlosses, das aus dem 16. Jahrhundert stammte, niederlegte.

Eine spanische Scherztruppe. Im Cervantes-Theater in Almeria hat sich eine blutige Scherztruppe zugetragen. Der Kavallerieoffizier Verbugo erschöß auf offener Szene seine Frau, die junge Schauspielerin Concha Robles. Der Mittmeister hatte sich Einlaß auf die Bühne verschafft, war bis in die Kulissen vorgedrungen und gab dort den tödlichen Schuß auf seine Frau ab, die auf der Stelle tot an der Bühnenrampe zusammensank. Verbugo erschöß sich selbst hinter der Szene. Das Motiv zur Tat ist in dem Entschluß der jungen Frau, gegen den Willen ihres Gatten wieder zur Bühne zurückzukehren, zu erblicken.

Ein Jugendsammeln ereignete sich gestern früh drei Uhr auf der Berliner Stadtbahn vor dem Bahnhof Gesundbrunnen infolge Ueberebens der Haltsignale. Ungefähr 25 Personen wurden leicht verletzt.

Kunstversteigerung Einbrecher. In Hamburg drangen Einbrecher in eine Villa, die eine wertvolle Kunstsammlung barg. Sie stahlen Originale in Eisenbein, die einen Wert von über 1/2 Millionen Mark darstellen, antike Silberarbeiten, ein niederländisches Rauchschild und einen aus dem Jahre 1588 stammenden Silberbecher. Auch zwei Teppiche wurden von den Einbrechern mitgenommen.

Die Korruption bei der Poretmaterialverwertung. Vor der Strafkammer Hannover fand dieser Tage ein großer Prozeß statt, in dem 26 Personen wegen Bestechung und Untreue angeklagt waren. Im Frühjahre 1919 errichtete das Reichsfinanzministerium (Reichsverwertungsamt) die Landesautostelle in Hannover und wies ihr die Aufgabe zu, die in den Demobilisierungslagern Hannover, Magdeburg, Braunschweig, Bremen und Hamburg aufgesammelten Poretmaterialien zu verwerten. Die Fahrzeuge waren teils in gutem Zustand, so daß für Automobilhändler und Reparaturanstalten gewinnbringende Geschäfte winkten. Die Anklage richtete sich nun gegen neun frühere Angestellte der Landesautostelle und 16 Kaufleute aus der Automobilbranche. Sämtliche Angeklagten bestritten, gegen Bestechungsgelder absichtlich zum Schaden des Reichs Automobile verschleudert zu haben. Die Käufer hätten nur aus Dankbarkeit für jedes zugewiesene Automobil einen Betrag in eine „Liebesgabenkasse“ für die Angestellten der Landesautostelle gezahlt, die von dem Hauptangeklagten Schröder verwaltet worden sei. Es kam auch zur Sprache, daß die Landesautostelle während der Tätigkeit Schröders 4000 Automobile verkauft hat, und daß der Fabrikbesitzer Otto Kühn in Halle a. S. allein 120 000 Mark in die „Liebesgabenkasse“ bezahlt habe. Nach achtstägiger Verhandlung wurden die Urteile gesprochen. Es wurden Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zur Höhe von 42 000 Mark verhängt. An Schmiergeldern wurden insgesamt 204 900 Mk. als verfallen erklärt.

Eine schwedische Film-Kompanie. Ein großer Betrüger hat kürzlich die kleine schwedische Stadt Kallingebro genarrt. Dort hin kam eines schönen Tages ein Mann, der angab, er sei Schauspieler und solle für eine große schwedische Filmgesellschaft die Aufnahme eines großen Films vorbereiten. Er quartierte sich im Hotel ein und war sehr eifrig. Für eine Schauspielertruppe von 90 Mann mußte Wohnung und Essen vorbereitet werden. Ferner sollten von Derebro 200 Mann Militär kommen, die ebenfalls untergebracht werden mußten; für ihre Pferde mußte Stallung beschafft werden. Für alles versprach der Mann reichliche Bezahlung. Dann stellte er einen Teil der Ortsbevölkerung, meist junge Mädchen an, die für zehn Tage 500 Kronen erhalten sollten. Fast alle Arbeitslosen der Stadt wurden angestellt, um beim Bau eines Schlosses zu helfen. So war fast der ganze Ort für die Filmaufnahme angespannt, und die jungen Mädchen schürmten in Entzücken, da zwei der bekanntesten schwedischen Schauspieler im Film mitspielen sollten. So verging die Tage, und immer mehr Leute wurden vom Filmtummel ergriffen, bis der Hotelverwalter eines Tages auf den Gedanken kam, die Stockholmer Filmgesellschaft anzurufen. Nun kam der Schwindel ans Licht, und der Betrüger wurde von der Polizei aufgefordert, am nächsten Tage vollständige Aufklärung zu geben. Natürlich wartete er den Morgen nicht ab, sondern verschwand in der Nacht und hinterließ sein Schloß, seine Statisten und eine fette Hotelrechnung.

Die Millionenfälligkeiten einer ungarischen Banke beschäftigen seit geraumer Zeit die deutschen und ausländischen Kriminalbehörden. Die Mitglieder der Gesellschaft, die überall sehr vornehm auftraten, sich Automobile stellten und in den ersten Hotels wohnt, fälligten Schecks auf amerikanische und Schweizer Banken und verschickten sich darauf große Summen, zuletzt in Wien noch vierzehn Millionen Kronen. Der größte Teil der Gesellschaft wurde in Berlin von der Kriminalpolizei verhaftet. In Genua wurden seinerzeit ein Ingenieur Melchior Herwarth 655 Kassa und ein geistlicher Herr verhaftet. Herwarth jedoch wurde irrtümlich wieder entlassen. Seitdem sucht ihn die Kriminalpolizei wieder in Berlin, weil man vermutete, daß er zurückgekehrt werde. Die Annahme hat sich jetzt als richtig erwiesen. Herwarth wurde in einem Hotel in der Mittelstraße, wo er mit einer Dame abgestiegen war, erkannt und erneut festgenommen. Er machte mit einer Brasilianerin Reisen durch Österreich, Schweiz, Italien und Deutschland und stand im Begriff, mit ihr nach Brasilien zurückzukehren. Der Verhaftete wird der Wiener Staatsanwaltschaft überliefert werden.

Danziger Nachrichten.

Polnischer Vorstoß gegen die Demobilisierungsverordnung.

Eine für die Arbeiterschaft wichtige Frage kam gestern im Volkstage zur Beratung. Dem Unternehmer sind die Demobilisierungsvorschriften schon längst ein Dorn im Auge. Gerüst bringen sie auch manche Annehmlichkeit für die Arbeiter mit sich. In der Hauptsache haben sie doch dazu gebietet, die Arbeiter vor den wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit zu schützen. Die Polen hatten Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften beantragt. Ihr Bestreben ist es, möglichst viel Arbeitskräfte aus Polen nach Danzig zu holen, was ihnen jetzt auf Grund der Demobilisierungsvorschriften nicht so leicht möglich ist. Sie fanden Unterstützung bei den bürgerlichen Parteien, die auch die Außerkräftsetzung dieser Vorschriften wünschen, wenn sie schließlich dabei einige Vorbehalte machen. Daß die Aufhebung dieser Vorschriften schwere Schäden für die Danziger Arbeiterschaft bedeuten würde, zeigt am besten die Tatsache, daß wir in Danzig noch 5000 Arbeitlose haben, von denen nur ein Teil die Erwerbslosenunterstützung erhält. Die Genossen Kłobowski und Arczyński traten bei dieser Frage für die Interessen der Danziger Arbeiterschaft mit sachkundigen Ausführungen ein. Zwischen dem Genossen Arczyński und dem polnischen Unternehmervertreter und Abg. Grobelski entspann sich noch eine lebhaftere Auseinandersetzung über Tariffragen und Arbeiterschaft. Gen. Arczyński nagelte fest, daß Grobelski sich als Unternehmer durch heftige Tariffeindlichkeit ausgezeichnet habe. Wenn die Polen die in polnischen Berufsvereinigungen organisierten polnischen Arbeiter den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern Danzigs als ebenbürtig hinstellen wollten, so bewiesen sie damit nur, wie wenig sie als Anwalt für die Interessen der polnischen Arbeiter wirken können. Sie priesen ihre polnische Berufsvereinigungen, in der von Klassengeist nicht die geringste Spur ist, so, wie ihre deutschen Unternehmergenossen die ähnlichen christlichen Arbeitervereine und gelben Werkvereine als vortrefflichste Organisationsform für die Arbeiter priesen. Alle diese Gebilde sind nur Schutzgarben für das polnische und deutsche Kapital und die Danziger Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft führen, ganz gleich, ob die Reaktion und das Ausbeutertum nun in polnischem oder deutschem Gewand auftritt.

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten im Städtischen Krankenhaus.

beantragte der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung mit der Begründung, daß seit der letzten Erhöhung der Sätze am 13. September 1921 weitere gewaltige Steigerungen der Ausgaben eingetreten sind. Die Sätze sollen wie folgt erhöht werden: 1. Klasse für Einheimische von täglich 90 auf täglich 100 Mark, für Auswärtige von 125 auf 150 Mk., 2. Klasse für Einheimische von 54 auf 60 Mk., für Auswärtige von 81 auf 90 Mk. täglich, 3. Klasse für einheimische Selbstzahler von 20 auf 25 Mk. täglich, für auswärtige Selbstzahler von 36 auf 50 Mk., für hiesige Krankenkassen Erwachsene von 20 auf 25 Mk. tägl.; für übrige Fälle, einheimische Erwachsene von 20 auf 25 Mark täglich, auswärtige Erwachsene von 36 auf 50 Mk. täglich. Die Kosten für Kinder der 3. Klasse bleiben auf den bisherigen Sätzen von 10 Mark für einheimische und 22,50 Mark für auswärtige bestehen. Salutarer Ausländer zahlen einen Aufschlag von 200 Prozent.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a.: Mitteilung des Senats betr. Verhelfen für Invalidenrentenempfänger. — Wahlen von Schiedsmännern und stellv. Schiedsmännern. — Pensionierungen. — Fluchtlinienplan für neue Straßen in Neufahrwasser. — Anerkennung eines Klagenanspruchs. — Verwirklichung von 3 Millionen Mark zur För-

Danziger Orchester-Verein.

Vach-Fest.

Der zweite und letzte Abend des Vach-Festes war als Kammermusikabend gedacht. Der hierzu gut geeignete kleine Saal des Schützenhauses war voll besetzt. Daß der Raum im Gegensatz zu gestern gut geheizt war, wurde sowohl von den Mitwirkenden als auch vom Publikum wohlwollend empfunden. Als erster spielte Erwin Bobky die Partita VII, genannt „Die französische Ouvertüre“ von Joh. Seb. Bach. Er erwies sich als sicherer Pianist. Der Ouvertüre war er ein guter Interpret, dessen reines und tempoficheres Spiel zur Loben ist. Von Adam Krieger, dem einzigen nicht zur Familie Vach gehörigen Komponisten, der an dem Fest zu Worte kam, sang Robert Spörky drei Arien. Adam Krieger lebte vor J. S. Bach. Seine nicht besonders zahlreichen Kompositionen sind kaum von hervorragender Bedeutung. Die Arien sind für Cembalo mit Altornellen für Streichorchester geschrieben. Bobky begleitete am Flügel (Cembalo) felsenstimmend und stillgerichtet. Die Altornellen führte Henry Prinz mit dem Streichorchester des Vereins aus. Spörky schien gesanglich besser als gestern. Doch hinderie ihn die Indisposition, sicher in die Höhe und Tiefe zu gehen, wo die Stimme rauß klang. Er mußte sich bei der zweiten Arie „Wer lieben kann, der nehm' es an“ erst einstimmen, da seine ziemlich schwach bewegliche Stimme nicht folgen wollte. — Lotte Leonard sang drei Arien von Joh. Seb. Bach. Ihre Leistung war noch besser als die gestrige. Daß ihr hadete geradezu im Wohl-

zeugung des Musikpublikums durch die sowohl im ästhetischen Piano als auch im Forte frei und unbedingt klargesten ist. In Bobky hatte die Sängerin einen trefflichen Begleiter. — Sodann sangen Lotte Leonard, Robert Spörky und Reinhold Koenenkamp die Kaffeekantate von Joh. Seb. Bach: „Schweig stille, plaubert nicht“. Die Rolle des Vaters Schlenkrian liegt Spörky, er führte sie sehr gut durch. Lotte Leonard zeigte die schon erwähnten Vorzüge. Reinhold Koenenkamp fiel gegenüber den beiden Sängern etwas ab; seine Stimme erreichte die Höhe nicht. Karl Schröder blies die Flöte. Den Abschluß bildete Erwin Bobky mit den beiden Vachschen Werken: Chorvorspiel „O Mensch, gemein' dein' Sünde groß“, von der Orgel übertragen von Max Reger, und Capriccio über die Abreise des vielgeliebten Bruders, zum Konzertvortrag bearbeitet von Ferruccio Busoni. Busoni hat eine Anzahl der Werke Vachs bearbeitet und zur neuerlichen Herausgabe gebracht (darunter „Das wohltemperirte Klavier“). Beim Vortrag bewies Bobky wiederum seine reine Kunst, sowohl bei dem mit tiefer Empfindung vorgetragenen Choral als auch beim Capriccio. Empfindend war es jedoch, daß während des Chorals und des Capriccios im Nebenfall rüchrichtlos dermaßen laut und freierend gesprochen wurde, daß es zu verwundern war, daß Bobky das Spiel fortsetzte. Dieser Mangel muß doch beseitigt werden können.

Genehmigung zur Gründung eines polnischen Gymnasiums.

Von der Senatssitzung wird uns geschrieben: Zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und dem polnischen Schulverein in Danzig sind seit der Zuteilung der staatlichen Gymnasien an die Freie Stadt bis in den Dezember voriges Jahres hinein Verhandlungen bezüglich der Errichtung einer polnischen höheren Privatschule in Danzig geführt worden. In Verfolg dieser Verhandlungen hat der Senat mit Zustimmung des Unterrichtsausschusses unter Beachtung der Bestimmungen der Danziger Verfassung genehmigt, daß der polnische Schulverein in Danzig eine 8klassige höhere polnische Schule gymnasialer-realgymnasialer Art unter Bedingungen begründet und unterhält, von denen die nachstehenden die wichtigsten sind:

1. Die polnische höhere Schule darf nur besucht werden von a) Kindern derjenigen polnischen Beamten, die dauernd dienstlich in Danzig beschäftigt sind, b) von Kindern solcher polnischen Staatsangehörigen, die ihren Wohnsitz in Danzig haben, c) von Kindern Danziger Staatsangehörigkeit mit polnischer Muttersprache oder Abstammung. Die Aufnahme von Kindern nicht polnischer Abstammung oder Muttersprache ist untersagt.
2. Der Unterricht an dieser Schule erfolgt in polnischer Sprache.
3. Der polnische Schulverein darf keine Zuschüsse in Geld- oder Sachwerten von der Freien Stadt Danzig oder ihren Gemeindeverbänden fordern.

Die behördliche Zuständigkeit des Senats hinsichtlich der polnischen höheren Schule erstreckt sich auf diejenigen Angelegenheiten, die üblicherweise in anderen Staaten, in denen ähnliche Schulen bestehen, insbesondere in der Republik Polen, zur Zuständigkeit der Regierung dieser Staaten gehören.

Ueber die Anerkennung der Meisterschüler der polnischen höheren Privatschule ist noch nicht bestimmt. Diese Frage wird erst zur Verhandlung gelangen, wenn eine Oberprima eingereicht sein wird.

Durch diese Genehmigung hat der Senat, nachdem das Gesetz über die polnischen Volksschulen rechtskräftig geworden ist, nunmehr auch bezüglich der höheren Schulen dem Artikel 4 der Verfassung entsprochen, durch den dem polnisch sprechenden Volkteil seine freie volkstümliche Entwicklung, besonders der Gebrauch der Muttersprache beim Unterricht, gewährleistet ist. Zugleich ist damit dann loyal den Zusicherungen entsprochen, die im Anhang des Wirtschaftsabkommens gegeben sind.

3 Millionen Mark für Straßenbau.

Zur Förderung der Neubautätigkeit und zur Erleichterung und Verbilligung der Wohnungsbauten beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung 3 Millionen Mark. Der Antrag bezweckt, daß bei Beginn der Bedienung die in Frage kommenden Straßen in genügender Ausdehnung hergestellt sind. Die rechtzeitige Herstellung gepflasterter und ausgebauter Straßen bietet den Vorteil einer wesentlichen Verbilligung der Anfahrkosten aller Baumaterialien.

Die ungefähre Garderobenablage im Stadttheater. Am 28. Januar vorigen Jahres besuchte ein Kaufmann aus Langfuhr das hiesige Stadttheater und legte seinen Bisampelz mit Otterfragen sowie einen Belourhut in der Garderobe ab. Bei Schluß des Theaters stellte es sich heraus, daß Pelz und Hut verschwunden waren. Der Pelz hatte einen Wert von wenigstens 12 000 Mark. Das Gericht hat bereits den Anspruch des Klägers für gerechtfertigt erklärt; die dagegen eingelegte Berufung wurde verworfen. Um weitere Kosten zu ersparen, beantragt der Senat bei der Stadt-

verordnetenversammlung den Anspruch des Klägers in Höhe von 12 000 Mark anzuerkennen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Schiedsmännerwahlen. Die Amtszeit des Kaufmanns W. Pellmann, Große Schwandengasse, des Kohlenhändlers M. Glombowski, Holzraum 6, des Lehrers N. Rebeschke, Neufahrwasser, Oltwaer Straße, ist abgelaufen. Herr W. Jurgeleit ist die Genehmigung zur Wiederlegung seines Amtes erstellt worden. Der Senat empfiehlt die Wiederwahl der drei Erstgenannten, und an Stelle des zurückgetretenen W. Jurgeleit soll der Amtssekretär a. D. Fr. Kuhl, Brunsbüttelweg, treten.

Zur Erhaltung und zum Ausbau der städtischen Seebäder beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung, insgesamt 178 000 Mark zu bewilligen. Zur Begründung wird angeführt, daß sich die Seebadeanstalt Brösen im vorigen Sommer als zu klein erwiesen hat. Sie konnte den Andrang des Publikums nicht voll aufnehmen, so daß viele Bädernde zum Freibad abgewandert sind. Es sollen daher 20 neue Bellen gebaut werden. Dafür werden 90 000 Mark angefordert. Außerdem erfordert die Instandsetzung der Badeanstalten in Brösen, Westerplatte und Heubude 88 000 Mark.

Die Erhöhung der Taxen der städtischen Fahren ist vom Senat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, und zwar sollen für die Personenbeförderung zukünftig erhoben werden: Bei den Fahren Wallgasse-Kanagarer Wall, Schultenstieg-Strohbeck und am Krantor je 10 Pfennig, am Holm-Holzraum, Holm-Bröschlischer Weg, und Weichselmünde-Neufahrwasser je 15 Pfennig (für Personen, die in Weichselmünde ihren Wohnsitz haben, sollen Zehnerarten zu 1,20 Mk. ausgegeben werden). Für die Fahren in Heubude je 20 Pfennig. Der gleiche Satz soll erhoben werden für Gegenstände ohne Personenbegleitung und für die den gleichen Platz wie eine Person erfordern; für Fahrräder, Handkarren u. dergl. der doppelte Satz. Auch die Sätze für die Beförderung von Tieren und Fuhrwerken sollen entsprechend erhöht werden.

Zur Regelung der Geschlechtsfrage in dem Falle, daß das Ueberleben von einem zum anderen Ufer durch eine Eisbahn ermöglicht wird, schlägt der Senat die Festsetzung einer Gebühr von 5 Pfa. für die Person vor und soll dafür der Fährpächter für die Sicherheit und Erhaltung der Eisbahn sorgen.

Die Fährneufahrwasser-Weichselmünde soll zwei neue Boote erhalten, da die in Betrieb befindlichen nicht der Anforderung der Verkehrssicherheit genügen. Die Anschaffungskosten betragen etwa 11 000 Mark. Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung, die Summe zu bewilligen mit der Maßgabe, daß die Fährpächter die 11 000 Mark ratenweise zurückzahlen.

Ein Vermächtnis. Die verstorbene Eisenbahnsekretärsmitwite Adelheid Pelz hat einen Teil ihres Vermögens der Stadt Danzig vermacht mit der Bestimmung, daß daraus eine Stiftung begründet werden soll, mit deren Zinsen blinde, lungenfranke, flechte oder alte Personen unterstützt werden sollen. Vorerst fallen die Zinsen des 82 000 Mk. betragenden Kapitals Anverwandten der Erblasserin zu. Der Senat beantragt, das Vermächtnis anzunehmen.

Ein goldenes wertvolles Zigarettenetui ist als gestohlen von der Kriminalpolizei angehalten. In dem Etui befinden sich noch 8 Zigarettensätze mit Strohmundstück, Marke Perimon. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei (Zimmer 20) melden.

Die Konferenz des Arbeiterjugendbundes ist verlegt und findet erst am Sonntag, den 19. Februar, statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag abends 8 Uhr Vaggenpflanz 16: Erbauungsversammlung. Thema: Einsame Menschen.

Polizeibericht vom 27. Januar 1922. Verhaftet: 18 Personen, darunter: 2 wegen Diebstahls, 2 wegen Konterbande, 2 wegen Verdacht des Straßenraubes, 1 wegen groben Unfugs, 5 in Polizeihaft. — Obdachlos: 6 Personen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Brandversammlung der Elektriker. Sonnabend, den 28. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in der Maurerherberge.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. —)	6,10	am Vortage	6,10
Dollar:	200	"	194
Engl. Pfund:	"	"	"
Franz. Franks:	"	"	"
Gulden:	"	"	"

BORG
FÜR
QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsnotizen am 27. Januar 1922.

	23. 1.	24. 1.		
Zornhöft . . .	+ 1,47	+	Kurzbrack . . .	+ 0,96
Warshau . . .	+ 1,55	+ 1,53	Montauerpfhe . . .	+ 0,08
	23. 1.	24. 1.	Dieckel . . .	+ 0,06
Ploß	+ 0,77	+	Dirschau . . .	+ 0,16
	26. 1.	27. 1.	Einlage	+ 1,98
Thorn	+ 1,05	+ 0,96	Schiewenhork . . .	+ 2,20
Jordau	+ 0,83	+ 0,87	Schönau O. P. . . .	+ . . .
Culin	+ . . .	+ 0,88	Galgenberg O. P. . .	+ . . .
Brandenz	+ 0,02	+ 0,80	Neuhorsterbusch . .	+ . . .
			Anwachs	+ . . .

Eisbericht vom 27. Januar 1922. Wettsel: Von Km. 0 (Schilna) bis 64,7 Eisstand, bis 66 eisfrei, bis 71 Eisstand, bis 88 eisfrei, bis 92 Eisstand, bis 93 eisfrei 1/2, bis 100 Eisstand, bis 116 eisfrei, bis 116,5 schwaches Eisstreben, bis 22,5 Eisstand, bis zur Mündung Jungeisstreben in ganzer Strombreite. Das Eis treibt in nördlicher Richtung langsam in See ab. — Der Eisaufruch vor Ort hat mit den Eisbrechdamppern „Drewena“ und „Mogat“ bei Km. 220,5 begonnen. — Eisbrechdamppern „Missa“ und „Montau“ kreuzen in der Mündung. — „Wabe“ liegt in Einlage. Mogat: Eisdecke.

Wirtschaftlicher Auslandsverkehr. Vier Fischer aus Chlapou sind heute nach einem Reize ein Schwein, 4 Gänse und 3 Mandeln Eier nach Dänien. Mit dem Ullis und weiteren Welle konnten sie in Danzig Gode, Zucker, Gewürze, Kaffee, Zigaretten, Stoffe, Baumwolle, Kleidungsstücke usw. im Wert von 18000 Mark und wollten diese Ware mit ihrem Reize nach Dänien bringen. Sie wurden aber angehalten, da sie keine Ausfuhrerlaubnis hatten. Als Ausländer wurden sie verhaftet. Das Schiffsgericht verurteilte einen Fischer, der die Waren nach Dänien brachte, zu sieben Wochen Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe, die übrigen drei Fischer zu je 6 Wochen Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe.

Schadenersatz für eine gesunde Wohnung. Besetzung. Dem Küster einer Kirchengemeinde wurde eine leuchte, gesundheitschädliche Dienstwohnung zugewiesen. Das Haus steht auf feuchtem Untergrunde. Die Mauern sind sehr stark und die Räumlichkeiten beschränkt, so daß die Feuchtigkeit beim Kochen und Waschen sich stark erhöht. Der Küster wohnte in der Wohnung von 1908 bis 1913. Er und seine Familie erkrankten an Rheumatismus. Durch dieses Verbleiben wurde der Küster in seiner späteren Beschäftigung behindert. Er klagte gegen die Kirchengemeinde auf Schadenersatz. Die Sache schwebt noch beim Oberlandesgericht in Marienwerder, das die von ihr in Angriff genommenen Sachen durchzuführen hat und durchzuführen will. Da sich der Küster in einer Notlage befindet, klagte er auf einen Teilerlass des Schadens und das Obergericht hatte sich mit der Sache zu befassen. Es entschied dahin, daß die feuchte Wohnung die Rheumatismuserkrankung des Küsters verursacht und seine Gewerbetätigkeit beschränkt hat. Die Kirchengemeinde ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Es wurde eine bestimmte Summe für eine bestimmte Zeit zugesprochen.

Volkswirtschaftliches. Ergebnisse der deutschen Heringsfischerei im Jahre 1921. Das Ergebnis der deutschen Heringsfischerei im Jahre 1921 stellt sich trotz vermehrter Reizen leider bedeutend schlechter als das vorjährige, was im Interesse der Volksernährung und des Handels zu bedauern ist. Auch die Holländer, Engländer und Schotten haben

in der letzten Saison schlecht abgeerntet, sowohl am rein zahlenmäßigen Ergebnis, wie, besonders die großbritannischen Fischer, bezüglich der Qualität des diesjährigen Herings, der dort ziemlich allgemein mager und unansehnlich ausgefallen ist. Das Ergebnis der deutschen Fischer betrug in dieser Saison 187 091 Kantjes, die in 841 Reisen von 174 Schiffen gemacht wurden. Der Durchschnitt pro Reise betrug demgemäß 24 507 Kantjes (ein Kantje gleich einer Tonne Seefisch). 1920 betrug die Gesamtsumme 180 287 Kantjes, die von 185 Schiffen in 388 Reisen gebracht wurden.

Ein Meereskanalprojekt in Amerika. Gegenwärtig wird in Washington der Plan erwogen, die großen Seen im Norden der Vereinigten Staaten durch einen großen Kanal mit dem St. Lawrencestrom in Kanada zu verbinden. Hierdurch würde den Seeschiffen ermöglicht, vom Voreinstrom aus alle Häfen an den großen Seen anzufließen, dort amerikanische Korbwaren- und Industrieprodukte zu laden und nach allen Ländern der Welt zu transportieren, ohne daß eine Umladung nötig ist. Garbina hob in der Ansprache bei der Eröffnung des landwirtschaftlichen Kongresses in den Vereinigten Staaten hervor, welche günstige Wirkung die Durchführung des Planes auf die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten haben würde.

Kleine Nachrichten. Ausperrung in Dänemark. Der dänische Arbeitgeberverband kündigt für den 8. Februar die Ausperrung von ungefähr 100 000 Arbeitern verschiedener Berufe an, mit deren Organisationen eine Einigung über die Lohnherabsetzung und Aufhebung des 8-Stundentages nicht erreicht worden ist. Ende des Eisenbahnerstreiks in Sachsen. Den im Reichsverkehrsministerium vorliegenden Nachrichten zufolge ist in Dresden der Zustand der Eisenbahner beendet. Die Arbeit ist dort allgemein wieder aufgenommen worden. Es wird erwartet, daß im Laufe des heutigen Tages auch in Leipzig und Zwickau wieder zur Arbeit geschritten wird.

Bermischtes. Motorantrieb für Fischdampfer. In Amerika sind in den letzten Jahren mehrere große Fischereifahrzeuge für die Schlepptischerei gebaut worden, die Motorantrieb besitzen, bei denen es sich also um richtige Hochseefischdampfer mit Motorantrieb handelt. Die Schiffe sind 200 Tonnen groß, haben eine Länge von 45 Meter bei 7 Meter Breite und laufen 10 1/2 Knoten. Sie werden angetrieben durch zwei Dieselmotoren, die bei 360 Umdrehungen je 240 Pferdestärken leisten. Die Motoren haben acht Zylinder. Sie wirken jedoch nicht unmittelbar auf die Schraube, sondern arbeiten mit elektrischer Uebersetzung. Beide Motoren sind mit einer Dynamo von 185 Kilowattstunden und 125 Volt verbunden, die ihren Strom an einen Elektromotor von 400 Pferdestärken abgeben, der die Schraube mit 200 Umdrehungen antreibt. Der Delvorrat reicht bei voller Geschwindigkeit für 6000 Seemeilen; man braucht dann auf die Seemeile 12 Liter Del. Will man das Schiff mit geringerer Geschwindigkeit laufen lassen, so wird einer der beiden Dieselmotoren abgestellt, und mit einem Motor allein läuft das Schiff dann etwa 7 1/2 Knoten. Bei dieser Geschwindigkeit könnte es mit seinem Brennstoffvorrat 9000 Seemeilen zurücklegen.

Ein Krebspreis. Der kanadische Zeitungsverleger Alphonse hat einen Preis von 100 000 Dollar ausgesetzt für einen Akademiker oder Studenten jeder anerkannten Universität, der innerhalb der nächsten fünf Jahre ein wirksames Heilmittel gegen den Krebs entdeckt.

Sport und Körperpflege. Bezirksvorstand. Sonnabend, den 28. Jan., abends 7 Uhr, im Lokal „Zum rechten Preußen“, Schillinggasse 20 (nicht bei Schmidtke), Vorstandssitzung.

Freie Turnerschaft Danzig. Sonntag, nachm. 5 Uhr: Familientanz bei Deuster (Maurerberg), Schillinggasse. — Vormittags von 8—10 Uhr Probe in der Turnhalle Rehrwiedergasse.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Dopp in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Vehl & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen. Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 20 ausgeben. Infolge der in letzter Zeit sehr häufig vorgekommenen Verluste von Nahrungshauptkarten und Brotkarten wird darauf hingewiesen, daß verfallig gegangene Nahrungshauptkarten und Brotkarten im allgemeinen nicht mehr ersetzt werden. Danzig, den 27. Januar 1922. Der Senat. (6020) Städt. Ernährungsamt.

Stadttheater Danzig. Direktion: Rudolf Schaper. Heute, Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. **Liebelei** Oper in 3 Akten von Franz Neumann. Szenische Leitung: Oberspielleiter Julius Brischke. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich. Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Rosenhühner. Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Neu einstudiert! Die große Leidenschaft. Lustspiel. Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Rosenhühner. Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gastspielpreise. Einmaliges Gastspiel des Kammerängers Robert Guit von der Staatsoper Berlin. Der Troubadour. Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Zar und Zimmermann. Komische Oper.

Wilhelm-Theater vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Norz. Heute, Freitag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. **„Der Tanz ins Glück“** Operette in 3 Akten von Robert Stolz. Sonntag, den 29. Januar: Neuanzahnwertneunzehn od.: Ab dafür Vorverkauf in Warschau Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 12 bis 4 Uhr Freitag und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkassa. (5660)

„Libelle“ Täglich: Musik, Gesang, Tanz Mehrere gebrauchte, feuer- und diebesichere Geldschränke, möglichst mit 2 verschiedenen Schlössern, gesucht. Angebote mit Preisangabe sind zu richten an die Oberzolldirektion der Freien Stadt Danzig. (6017)

Ufa Ufa
Licht- UT Spiele
Vom 27. Januar bis 2. Februar:
Der Fluch des Schweigens
Drama in 5 Akten mit Grete Freund u. Felix Basch in den Hauptrollen.
Ferner:
Razzia im New Yorker Scheunenviertel
Ein Detektiv- u. Abenteuer-Filmwerk in 5 Akten mit Norma Talmadge in der Hauptrolle.
Vorführung: 4, 6, 8 Uhr.

Zentral-Theater
Langgasse 31 • Fernsprecher 2123
Heute! Neu!
Der große Doppel-Spielplan!
Die kleine Midinette
Erlauchtes aus der Konfektion!
Der wirkliche Sittensfilm in 6 Akten mit Lilly Flohr und (6018)
Die Frau mit den Goldaugen!
Der prächtige Kunstfilm in 6 Akten mit Ica von Lenkoffy
Wir bitten, die 4-Uhr-Vorstellung zu besuchen, da Infolge des hervorragenden Programms abends großer Andrang zu erwarten ist.
Gut geholt! Theaterraum!

Stubbenholz als billiger Ersatz für Kohlen, für Herd-, Ofen- und Kesselheizung besonders geeignet, kann in beliebigen Mengen von unserem Lager Schüttenberg zum Preise von Mk. 14.— bezw. Mk. 17.— je Ztr. bezogen werden.
Städtische Holzbeschaffung
Artillerie-Kaserne Höhe Seigen
Telefon Nr. 359. (6021)

Trotz Neueröffnung
ist es mir gelungen, sämtliche Konfektion noch zollfrei hereinzubekommen. Ich biete an:
Herrenanzüge von 350 bis 1150 Mk.
Burschenanzüge von 295 bis 550 Mk.
Gestr. Hosen von 110 bis 225 Mk.
Braun's Konfektions-Haus
Vorstadt. Graben 18, Ecke Fleischergasse.

Geschäfts- und Familien-
Drucksachen
werden schnell und sauber angefertigt
Danziger Volksstimme
Danzig, Am Spendhaus 6

Stroh-Panama-Velour-Filz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
am Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (5388)

Stubbenholz, Troch-Brestori
empfiehlt ab Lager
Mit Schottland 1-2,
Wilk. Prillwitz,
Am Trumppfurm 7
Telefon 2530. (5892)

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Alt-Eisen, Messing, Blei, Zink u. sämml. Altmaterialien
5755) kauft
Plotzki,
Höhe Seigen Nr. 22.

Neues Lichtspielhaus
Stadtgebiet, Boltengasse
Harry Piel
Der Reiter ohne Kopf II. Teil: Die geheimnisvolle Macht
Großer Abenteuer-Sensationsfilm in 7 Akten.
Der Bucklige und die Tänzerin
Spannendes Sittendrama in 5 Akten mit Sacha Gara.

Volkspflege,
Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereine
- Sterbekasse. -
Kein Polizeiverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Zukunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

5936
High Class
Virginia
Tobacco for Pipe.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Kinderwagen
gegr. Herrenschuhe und Kleider verkauft Mager, Jakobswall 21, 1 Tr. (†)
Guten, getragenen Frackanzug verkauft Brade, Gr. Bäckergasse 5.
Damen
werden billig in u. außer dem Hause frisiert. Brautfrisuren extra bill. Pränzel, Dattion Wolff 5c, 2. (†)